

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 61 (1982)
Heft: 2

Artikel: Einseitiges Wunschdenken
Autor: Hartmann, Horst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339845>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Einseitiges Wunschdenken

Wie eine Rebellion gegen Willy Brandt musste es wirken, als Annemarie Renger Unterschriften von Sozialdemokraten unter das Sechs-Thesen Papier des Berliner Professors Richard Löwenthal zur Identität der SPD zu sammeln begann. So schreibt die liberale «Zeit». Und fast wie ein Sieger ist der SPD-Vorsitzende aus dieser Runde hervorgegangen. Horst Hartmann kommentiert die neuerliche parteiinterne Affäre der SPD.

Die sechs Thesen von Professor Richard Löwenthal (SPD Berlin) zur «Identität der Sozialdemokratie» haben einen Wirbel ausgelöst, der nach nüchterner Lektüre erstaunlich anmutet. Gewiss, der eremitisierte Professor der Politik in Westberlin trat durch mehrere gewichtige Bücher hervor. Seine Essays im «Monat», einer der wichtigen Revuen der ersten Nachkriegsjahre, sind ebenso unvergessen wie sein 1974 erschienenes Buch «Sozialismus und aktive Demokratie». Aber sein jüngstes Papier mutet dagegen recht düftig an. Was seinen Ausführungen Brisanz verleiht sind allein die Unterschriften, die es zieren. Sie wirken wie ein Misstrauensvotum gegenüber Willy Brandt.

Die allzu betriebsame Parteilady und Gallionsfigur des Bundestages, Annemarie Renger, hatte nichts Besseres zu tun, als Adressen zu sammeln. Zu den Unterzeichnern gehörten Herbert Weichmann, ehemaliger erster Bürgermeister in Hamburg, Herbert Wehner, der anschliessend von der Aktion abrückte, Hermann Heinemann, Bezirksvorsitzender im westlichen Westfalen, während Hol-

ger Börner, Ministerpräsident in Hessen und Friedhelm Farthmann, Minister in Nordrhein-Westfalen, abwinkten. Für die Massenmedien war die Renger-Rebellion selbstverständlich ein gefundenes Fressen, denn ein Lieblingstraum der Rechten stellt nach wie vor die erhoffte Abspaltung linker Kräfte von der Partei dar.

Löwenthal hat nur in einem Punkt die Situation richtig eingeschätzt. Die bedenkliche Lage der SPD besteht zur Zeit darin, dass sie in erheblichem Umfang Stimmen verliert. Das wäre für eine Regierungspartei in schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen nichts Ungewöhnliches. Löwenthal weist aber mit Recht darauf hin, dass der Wählerschwund auf beiden Flügeln erfolgt, sowohl bei den Jungwählern als auch bei den Stammwählern.

Doch alle anderen Thesen führen bereits in die Irre. Löwenthal vertritt die durch nichts zu belegende Ansicht, Alternative stünden der Industriegesellschaft «grundsätzlich feindlich» gegenüber. Er glaubt, die «wirkliche Scheidelinie» zwischen Anhängern und Gegnern der Industriegesellschaft entdeckt zu haben. Zu den Befürwortern zählt er alle in die Gesellschaft eingegliederten Berufstätigen, Arbeiter, Angestellte, Angehörige des öffentlichen Dienstes und Selbständige, während nur ein Teil der Jugendlichen auf der anderen Seite steht und sich nicht eingliedern will.

Diese grobe Einteilung wird von Löwenthal mit der Behauptung gekrönt, es gäbe zwischen Sozialdemokraten und der kritischen Jugend keine Gemein-

schaft. Das versucht er mit Allgemeinplätzen zu untermauern wie dem, die Sozialdemokraten beschönigen die gegenwärtige Stagnation nicht, sondern sie würden das «Menschenmögliche» tun, um sie zu überwinden.

Laut These fünf führt die Selbstverwirklichung der Jugend zu einem Rückzug aus den Institutionen, wobei Löwenthal den Widerstand von Bürgerinitiativen gegen rechtsgültige Mehrheitsentscheidungen als «Abkapselung lokaler Interessen von den Bedürfnissen der Gesamtgesellschaft» versteht. Aus dieser einseitigen Betrachtungsweise, der ein Wunschdenken von einer konfliktfreien Industriegesellschaft zugrunde liegt, erklärt sich seine These, die Sozialdemokratie müsse sich klar für die arbeitsteilige Industriegesellschaft und damit für die grosse Mehrheit der Berufstätigen aber gegen Randgruppen entscheiden. Wenn Löwenthal dem Volk auf's Maul schauen würde, müsste er wissen, dass es in der Bundesrepublik eine klare Mehrheit quer durch Parteien und Bevölkerungsschichten für einen noch weiter zu entwickelnden Umweltschutz gibt und dass gerade die Berufstätigen längst erkannt haben, dass eine wachsende Umweltzerstörung mit ihren fatalen Folgen Lebensstandard und Gesundheit gefährden und damit alle um die Früchte ihrer Arbeit bringen.

Es gehört schon eine beneidenswerte Naivität dazu, in diesem Zusammenhang die Gegenseite zu ignorieren, nämlich jene Allianz von Kapital und Union, dem Geldklüngel, der die Umweltkosten der Allgemeinheit aufbürden möchte nicht aber den Verursachern. Die unterschiedlichen Konsequenzen einer aktiven Umweltpolitik eröffnen der SPD wesentlich bessere Chancen beim Wähler als der CDU und das nicht nur bei

der Jugend. Und wer das Abwandern von Stammwählern bedauert, sollte sich darüber klar sein, dass dies durch eine Regierungspolitik erst möglich geworden ist, die bei Sparmassnahmen die Klientel der FDP geschont hat und vorwiegend Arbeitnehmer zur Kasse bittet.

Löwenthal gehört zu jenen, die glauben, allein in der Mitte wären noch Stimmen zu gewinnen oder zu verlieren. Doch diese defensive Auffassung hilft der

SPD nicht weiter, so lange alle Bundestagsparteien diesen Boden mit verwaschenen, austauschbaren Aussagen düngen, während das Vakuum auf der Linken von radikalen Kräften beackert wird. Eine Abgrenzungspolitik gegenüber den Anhängern der Ökologiebewegung wäre für die SPD verhängnisvoll, zumal dieses Wählerpotential bundesweit auf 15 bis 20 Prozent taxiert werden kann, wie Erhard Eppler erwähnte.

Neue Bücher

Zur Parteien- diskussion

Gerhard Schmid untersucht die Notwendigkeit und Möglichkeit einer gewissen Institutionalisierung des Parteiwesens in der Schweiz. Die politische Praxis zeigt, dass Parteien zwar arg bedrängt aber letztlich unentbehrlich sind. Dies rechtfertigt einen mit Zurückhaltung gewährten rechtlichen Sonderstatus und finanzielle Unterstützung.

Schmids Erwägungen beruhen auf einem gründlich belegten funktionalen Parteiverständnis im Rahmen des schweizerischen politischen Systems. Hieraus ergibt sich die allgemein anzuerkennende Unentbehrlichkeit der Parteien zur Integration und Vermittlung im Rahmen des «massendemokratischen, pluralistischen Leistungsstaates.» Schmid gibt hier einen gültigen Überblick über das politische System der Schweiz und die Rolle der Parteien in ihm, — ein Aspekt, der in der aktuellen Parteidiskussion leicht übersehen wird.

Urs Engler

Gerhard Schmid: Politische Parteien, Verfassung und Gesetz. Zu den Möglichkeiten und Problemen einer Parteiengesetzgebung in der Schweiz. Helbing + Lichtenhahn, Basel 1981

Eine neue Autobiographie

Piotr Grigorenko



Die Erinnerungen Grigorenkos, des berühmten Ex-Generals der Sowjetunion, bestechen nicht nur durch die «russische Breite» ihrer Erzählweise, sie sind zugleich ein zeitgeschichtliches Dokument von Rang. Während Schriftsteller wie Paustowskij oder Ehrenburg die Odysee der russischen Intellektuellen beschrieben haben, Lew Kopelew die Tragödie der Kommunisten der folgenden Generation schildert, gewährt Grigorenko einen Einblick in die mittleren bis höchsten Führungskader der Sowjetunion. Grigorenko ist

ein Mann der Praxis, technisch und organisatorisch versiert mit einem Blick für Mögliches und Machbares, aber auch für Menschen, ein aufrechter Charakter. Das brachte ihn in Schwierigkeiten. In der Ukraine geboren, einst begeisterter Kommunist, ja Stalinist geworden, gerät er fast gegen seinen Willen in Konflikt mit der Partei und den Nachfolgern Stalins. Grigorenko bietet mit seinen Memoiren ein Stück «innere» Geschichte der Sowjetunion an. 1927 trat er der kommunistischen Partei bei, wurde Berufssoldat, im zweiten Weltkrieg Divisionskommandant und danach Professor an der Frunse-Akademie. 1964 wurde er erstmals in eine psychiatrische Klinik eingewiesen. 1969 erneut verhaftet, hielt ihn das berühmte Serbski-Institut bis April 1975 in Spezialkliniken fest. Seit 1977 lebt er in den USA, gegen den eigenen Willen von den sowjetischen Behörden ausgebürgert.

Piotr Grigorenko Erinnerungen
C. Bertelsmann Verlag.
574 Seiten